

HESSISCHER JUGENDRING



Arbeitsgemeinschaft hessischer Jugendverbände

Positionspapier des Vorstandes des Hessischen Jugendrings

zur

Kinder- und Jugendarmut

Februar 2011

Hessischer Jugendring
Schiersteiner Straße 31 – 33
65187 Wiesbaden

Armut hat junge Gesichter – Kinder- und Jugendarmut überwinden!

Als Arbeitsgemeinschaft der hessischen Jugendverbände bringt sich der Hessische Jugendring (HJR) seit vielen Jahren in die Diskussion um eine sozial gerechte Gestaltung der Gesellschaft ein. Mit Blick auf die prekäre Situation von armen Kindern und Jugendlichen setzt sich der HJR dafür ein, ihren materiellen und sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden und ihre Zukunftsperspektiven zu verbessern, und sieht sich hier in Übereinstimmung mit der Positionierung und den Forderungen des Deutschen Bundesjugendrings (Beschluss der DBJR-Vollversammlung, 30.10.2010). Gerade kommunale Entscheidungsträger haben Einfluss auf die Lebenssituation junger Menschen und sind daher aufgefordert, ihren Beitrag zur Überwindung von Kinder- und Jugendarmut zu leisten.

Kinder- und Jugendarmut in einem reichen Land

Deutschland ist ein reiches Land, aber ein immer größerer Teil der Bevölkerung ist arm oder von Armut bedroht. In den vergangenen Jahren ist die Armutsrisikoquote der Gesamtbevölkerung massiv gestiegen, von 11,8 Prozent im Jahr 2000 auf 18,3 Prozent im Jahr 2006. Als armutsgefährdet gilt hierbei, wer in einem Haushalt lebt, dessen durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen bei weniger als 60 % des bundesdeutschen Medianeinkommens liegt. Dieses Medianeinkommen teilt die Gesellschaft in eine Hälfte mit mehr und eine Hälfte mit weniger Einkommen, kennzeichnet also den Median der Bevölkerung hinsichtlich der Einkommensverteilung.

Kinder und Jugendliche sind dabei ungleich häufiger und stärker von Armut und Armutsrisiko betroffen als ältere Teile der Bevölkerung, weshalb mittlerweile auch von einer „Infantilisierung der Armut“ (Richard Hauser) gesprochen wird. So liegt die Armutsrisikoquote bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 24 Jahren signifikant über dem Gesamtdurchschnitt.

Die 16 bis 24-Jährigen sind dabei mit 28,3 Prozent die Gruppe mit der höchsten Armutsrisikoquote. Bei Kindern und Jugendlichen bis 15 Jahren liegt die Quote nur wenig darunter bei 26,3 Prozent. Daneben besteht ein eklatanter Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern, wo die Armutsquote weit höher ist.

Risiken und Ursachen von Kinder- und Jugendarmut

Armut ist kein Zufall! Besonders häufig sind Kinder und Jugendliche von Armut betroffen, die in Haushalten mit Alleinerziehenden leben. Der deutsche Sozialstaat ist nur unzureichend auf die Bedürfnisse alleinerziehender Mütter und Väter ausgerichtet. Eine verantwortungsvolle Kindererziehung und einen Vollzeitjob parallel zu bewältigen, kostet in Deutschland weit mehr Anstrengung als z.B. in den skandinavischen Ländern.

Eine weitere Risikogruppe sind junge Menschen mit Migrationshintergrund. Ihr Armutsrisiko ist mehr als doppelt so hoch wie das von Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Oft wachsen sie in benachteiligten Stadtteilen auf, und Sprachprobleme erschweren ihnen zusätzlich die Bildung.

Doch die so viel höhere Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat weitreichendere Gründe. Ihr Armutsrisiko wird u.a. beeinflusst von ihrem Aufenthaltsstatus, ihrer ethnisch-kulturellen Herkunft, der Größe ihrer Familie und der beruflichen Qualifikation ihrer Eltern. So wirkt gesellschaftliche Diskriminierung aufgrund religiöser oder kultureller Hintergründe ebenso verstärkend auf das Armutsrisiko wie das Nichtvorhandensein oder die Nichtanerkennung von elterlichen Bildungs- und Berufsabschlüssen oder ausländerrechtliche Regularien, die jungen Menschen ohne oder mit prekärem Aufenthaltsstatus den Schulbesuch oder den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung verhindern oder erschweren.

Nach Schulabschluss und Beendigung von Ausbildung oder Studium sind junge Menschen verstärkt Armutsrisiken ausgesetzt. Jugendliche sind in besonders hohem Maße von prekärer Beschäftigung betroffen, durch die kein Einkommen über der Armutsgrenze erzielt wird. Die erfolglose Suche nach einem adäquaten Ausbildungsplatz, doch auch atypische Beschäftigungsverhältnisse wie unbezahlte Praktika, zeitlich eng befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit führen zu einer unsicheren Lebenssituation junger Menschen, die am Beginn ihres Berufslebens stehen.

Armut ist mehr als materielle Armut

Materielle Armut hat negative Auswirkungen auf eine ganze Reihe von Lebensbereichen. Die finanziellen Ressourcen bestimmen über die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, des Wohnumfelds, der Mobilität, der Ernährung und häufig auch über Bildungschancen. Damit schränkt materielle Armut die Chancen gesellschaftlicher Teilhabe ein. Dies ist aus Sicht des HJR besonders bei jungen Menschen dramatisch.

Um die vielfältigen Risiken der Kinder- und Jugendarmut in der Diskussion angemessen zu berücksichtigen, plädiert der HJR für einen umfassenden Armutsbegriff („Lebenslagenarmut“, DBJR-Beschluss 30.10.2010). Dieser bezieht neben dem verfügbaren Einkommen weitere Faktoren wie z.B. Bildung, Wohnsituation, physische und psychische Gesundheit, Beschäftigung, Mobilität, soziale Netzwerke mit ein. Neben diesen objektiven Faktoren spielen auch subjektive Ressourcen im Bereich der kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenzen eine Rolle. In der Zusammenwirkung beider Einflussfaktoren führen sie zu einem Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen Jugendlicher.

„Bildungsarmut“

Armut ist häufig eng mit Bildungsarmut verknüpft. Die PISA-Studien haben wiederholt belegt, dass der schulische Erfolg in Deutschland stark von der sozialen Situation der Herkunftsfamilie abhängig ist. Eine fehlende rechtzeitige und ausreichende Förderung von Kindern und Jugendlichen mit schlechteren Startchancen und eine frühe Trennung der Klassen machen ein fruchtbares, gemeinsames Lernen aller schwierig. Auch bei zusätzlichen schulischen Aktivitäten (z.B. Klassenfahrten) sowie der Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln werden Benachteiligungen sichtbar. Mitgebrachte Bildungsdefizite werden durch die Schule oft nicht ausgeglichen sondern eher noch verstärkt.

Teilhabearmut und schlechtere Startchancen bedingen wiederum materielle Armut. Die Armutsquote ist in der Gruppe der Menschen ohne Hauptschulabschluss doppelt so

hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Oft entsteht generationsübergreifend eine Art Teufelskreis, in dem die Armut von einer Generation an die nächste scheinbar „vererbt“ wird. Armut kann somit weder auf eingeschränkte Teilhabechancen noch auf materielle Armut reduziert werden. Ihre Bekämpfung muss die gesamte Lebenssituation junger Menschen und die sie beeinflussenden Strukturen in den Blick nehmen.

Armut als Herausforderung für die Jugendverbände

Auch in den Jugendverbänden und deren Gruppen vor Ort wird Kinder- und Jugendarmut zunehmend sichtbar. Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter werden mit Situationen konfrontiert, in denen Kinder und Jugendliche an gemeinsamen Aktivitäten wie Wochenendfahrten oder Ferienfreizeiten nicht mehr teilnehmen können, da die finanziellen Mittel hierfür fehlen. Auch Jugendliche, die als Ehrenamtliche Verantwortung in den Verbänden übernehmen möchten, sind hiervon betroffen. Die Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilhabe und Teilnahme ist nur schwer zu gewährleisten. So werden junge Menschen in ihrem freiwilligen Engagement, ihrer Selbstständigkeit und ihrer persönlichen Entwicklung benachteiligt.

Forderungen zur Überwindung von Kinder- und Jugendarmut

Die Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland hat trotz der bekannten Zahlen und Fakten auch im Jahr 2010, dem Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, noch immer nicht den Stellenwert im politischen Handeln, der dieser Problematik angemessen ist.

Während aber Kinderarmut in Gesellschaft, Politik und Verwaltung eine zunehmende Wahrnehmung und auch erste Gegenmaßnahmen erfahren hat, wird Jugendarmut als eigenständiges, separat zu betrachtendes Phänomen in einer Lebensphase von großer Wichtigkeit mit entscheidenden Umbrüchen kaum wahrgenommen. In der gegenwärtigen Situation setzt sich der Hessische Jugendring dafür ein, Jugendarmut als gesellschaftlichen, menschlichen, sozialen und politischen Skandal sichtbar zu machen.

Die Jugendverbände in Hessen wollen diese Situation nicht länger hinnehmen, weshalb wir uns mit unseren Forderungen für bessere Rahmenbedingungen einsetzen. Unsere Aufgabe ist es die Interessen und Belange von Kinder und Jugendlichen zu vertreten und ihnen eine öffentliche Stimme zu verleihen. Allein deshalb ist es unsere Pflicht die Aufmerksamkeit auf die wachsende Armut zu lenken und uns für bessere Lebensvoraussetzungen stark zu machen.

Der HJR fordert alle Verantwortlichen dringend zum Handeln auf. Aus Sicht der Kinder- und Jugendverbände in Hessen besteht die Notwendigkeit umfassender sozialpolitischer Veränderungen, welche wir mit diesem Positionspapier fordern.

Soziale Sicherungssysteme

Wir fordern eine solide und bedingungslose materielle Absicherung von Kindern und Jugendlichen, die eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglicht. Erste Schritte hierhin sind:

1. eigenständige, bedarfsgerechte und armutsfeste Bedarfssätze für Kinder und Jugendliche im SGB II/XII; die das sozio-kulturelle Existenzminimum garantieren und die realen Kosten für Nachhilfe, die Nutzung des ÖPNV, von Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen, Verbands- und Vereinsaktivitäten beinhalten;
2. Anerkennung von Ferienfreizeiten der Träger der Jugendhilfe als Sonderbedarfe;
3. keine Anrechnung von Einnahmen aus Freiwilligendiensten auf das Arbeitslosengeld II;
4. keine Übertragung von jugendpflegerischen und Familienberatungsleistungen auf die Jobcenter;
5. keine Sanktionen, die das Existenzminimum junger Menschen angreifen;
6. Abschaffung des Erfordernisses einer Auszugsgenehmigung durch die Grundsicherungsstelle für junge Erwachsene im SGB II;
7. Zugang zu den allgemeinen Regelleistungen für alle Flüchtlingskinder und Sicherstellung des Anspruchs auf medizinische Grundversorgung ohne Furcht vor Statusaufdeckung auch für Kinder und Jugendliche ohne legalen Aufenthaltsstatus

Arbeitsmarktpolitik

1. existenzsichernde Einkommen oberhalb der Bedarfsgrenze für Arbeitslosengeld II;
2. familienfreundliche Arbeitsplätze, die auch Eltern Vollzeitätigkeit ermöglichen;
3. Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse zugunsten existenzsichernder Beschäftigung;
4. Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns;
5. Intensivierung des Fallmanagements auch bei jungen Erwachsenen;
6. Entwicklung einer aufbauenden Förderstrategie für sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche;
7. auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Mütter und Väter, die Arbeitslosengeld II beziehen;
8. das Recht auf einen Ganztagsplatz in der Kindertagesbetreuung für Kinder ab einem Jahr;
9. Umsetzung eines Rechts auf eine Ausbildung für alle

Bildungspolitik

1. Ausbau eines integrativen und flexiblen Schulsystems;
2. gebührenfreier Zugang zu Bildungs- (von der Kita bis zur Hochschule), Freizeit-, Kultureinrichtungen und Kulturangeboten;
3. Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit aller Schülerinnen und Schüler zur Verringerung frühzeitiger Ausgrenzung und zur Kompensation bestehender Benachteiligungen;
4. Ausbau der personellen und sächlichen Ressourcen für eine individuelle Förderung zur Überwindung von Lernbeeinträchtigungen und Bildungsdefiziten;
5. interkulturelle Vielfalt in Lehrplänen, beim Lehrpersonal und in den Lehrformen;
6. Kostenlose und gesunde Mahlzeiten in Schulen und Kindertageseinrichtungen;

7. Ausbau der kostenfreien Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren;
8. Kostenfreiheit von der frühkindlichen Bildung bis zur Erstausbildung bzw. einem Studienabschluss inklusive einer Lehr- und Lernmittelfreiheit;
9. freier Zugang zu allen Bildungseinrichtungen und bundesweite Schulpflicht für Kinder und Jugendliche mit unsicherem Aufenthaltsstatus;
10. angemessen hohe Bildungsaufwendungen und die Übernahme genereller Kosten (für Bildung, Essen an Bildungseinrichtungen, Fahrtkosten zur Schule bzw. Ausbildungsstelle) für Kinder und Jugendliche in Haushalten, die auf ALG II angewiesen sind

Direktes Lebensumfeld

Auf kommunaler Ebene gilt es, die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen so gut wie möglich zu nutzen, um Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Verhältnissen ein bestmögliches Lebensumfeld zu schaffen. An die kommunale Politik und Verwaltung stellen wir daher folgende Forderungen:

1. Stärkung der Angebote der Jugendsozialarbeit zur beruflichen Orientierung und gesellschaftlichen Integration Benachteiligter;
2. verstärkte Förderung der Angebote der verbandlichen und offenen Jugendarbeit als Orte einer ganzheitlich orientierten Persönlichkeitsbildung;
3. flächendeckend kommunale Zuschüsse für die Teilnahme benachteiligter Jugendlicher an Freizeiten von Jugendverbänden durch die Einrichtung von Sozialfonds aus kommunaler Ebene;
4. Bereitstellung von genügend bezahlbarem Wohnraum, der für Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene geeignet ist;
5. Einführung von niedrigschwelligen und sozialräumlich orientierten Angeboten der Gesundheitsförderung und Prävention;
6. Mitwirkung an der Erarbeitung einer bundesweiten Strategie zur Stärkung der Finanzkompetenz von Kindern und Jugendlichen;
7. Aufbau einer flächendeckenden Schuldnerberatung mit präventiven Angeboten auch für Kinder und Jugendliche;
8. Stärkung der Jugendsozialarbeit an den Schulen durch flächendeckende personelle Aufstockung ohne gleichzeitigen Stellenabbau in der offenen Jugendarbeit (keine Stellenumverteilung);
9. niedrigschwelliger Zugang zu sozialen, kulturellen, sportlichen und musischen Angeboten für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche im Wohnumfeld;
10. stärkere Vernetzung von sozialen und kulturellen Einrichtungen und Institutionen auf kommunaler Ebene, z.B. in Form eines Runden Tisches

Für eine erfolgreiche Implementierung politischer Instrumente bedarf es einer detaillierten Kenntnis der Ausgangslage, die über die Erhebung statistischer Fakten hinausgeht. Nur so kann sichergestellt werden, dass Kinder- und Jugendarmut nicht nur durch blinden Aktionismus oberflächlich kaschiert, sondern durch strategische Mittel strukturell bekämpft wird. Der Hessische Jugendring fordert daher die Erstellung eines Hessischen Kinder- und Jugendarmutsberichtes bzw. eines Kinder- und Jugendberichtes oder eines Hessischen Sozialberichtes, der den Aspekt der Kinder- und Jugendarmut ausführlich behandelt.

Die hessischen Jugendverbände bleiben aktiv und werden aktiver

Jugendverbandsarbeit wirkt: Jugendverbände sind Orte der non-formalen Bildung, die jungen Menschen Raum zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung geben und durch die Vielfalt der Verbandsprofile viele verschiedene Identifikationsmöglichkeiten bieten. Sie fördern das ehrenamtliche Engagement und die gesellschaftliche Partizipation, vermitteln Werte, qualifizieren durch politische Bildung und stärken Kinder und Jugendliche dadurch in ihrer persönlichen Entwicklung. Durch diese Förderung der sozialen Integration und die Stärkung der persönlichen Potentiale von Kindern und Jugendlichen wirkt Jugendverbandsarbeit auch als ein Faktor der Armutsprävention, wodurch die Folgen von familiärer Armut bewältigt oder gleich vermieden werden.

Jugendverbände ergreifen Partei – für die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen. Somit wirken Jugendverbände nach innen und nach außen für eine starke Jugend und gegen gesellschaftliche Ausgrenzung.

Der Hessische Jugendring leistet seinen Beitrag zur Überwindung der Kinder- und Jugendarmut durch

- die Überprüfung der Armutsfestigkeit der Mitgliedschaft und des ehrenamtlichen Engagements in den Mitgliedsverbänden,
- die Evaluierung und Weiterentwicklung der bestehenden Solidaritätsinstrumente zur Ermöglichung der Teilhabe von Armut betroffener Kinder und Jugendlicher,
- die Sensibilisierung der Akteure der Jugendarbeit für die Problematik der Kinder- und Jugendarmut,
- die Wahrung und den fortwährenden Ausbau der Position der Jugendverbände als diskriminierungsfreie Räume,
- den Ausbau der Kooperation mit den Fachdiensten zur Unterstützung und Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher.

Als Arbeitsgemeinschaft der hessischen Jugendverbände setzen wir die gesellschaftliche Partizipation sowie die Selbstbestimmtheit von Mädchen und Jungen in den Mittelpunkt unserer Arbeit und sehen die Überwindung von Jugend- und Kinderarmut als wichtige Voraussetzung hierfür. Der HJR fordert die Politik und die Gesellschaft auf, regionale und lokale Strategien zur Vermeidung und Verringerung von Kinder- und Jugendarmut zu erarbeiten und umzusetzen. Die Mitgliedsverbände des HJR werden sich nach ihren Möglichkeiten daran beteiligen. Auf der Homepage www.hessischer-jugendring.de zeigt der Hessische Jugendring anhand vieler konkreter Beispiele, wie sich die hessischen Jugendverbände, die Stadt- und Kreisjugendringe und weitere Akteure der freien und öffentlichen Jugendarbeit schon heute erfolgreich gegen die Kinder- und Jugendarmut in Hessen engagieren.

- HESSISCHER JUGENDRING
- Arbeitsgemeinschaft hessischer Jugendverbände
- Schiersteiner Str. 31 – 33
- 65187 Wiesbaden



- info@hessischer-jugendring.de
- www.hessischer-jugendring.de

- Arbeiter-Samariter-Jugend
- Arbeitsgemeinschaft Jugend für Umwelt Hessen
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend
- Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder
- Bund Deutscher PfadfinderInnen
- Bund kultureller Jugend
- Chorjugend im Hessischen Sängerbund
- Deutsche Jugend aus Russland
- Deutsche Beamtenbundjugend
- Deutsche Jugend in Europa
- Deutsche Philatelisten-Jugend
- Deutsches Jugendrotkreuz
- Deutsche Wanderjugend
- DGB-Jugend
- DLRG-Jugend Hessen
- Evangelische Jugend Hessen
- Hessische Jugendfeuerwehr
- Hessische Landjugend
- Hessische Stenografenjugend
- Johanniter-Jugend
- Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt
- Arbeitsgemeinschaft der Jugendwerke Evangelischer Freikirchen in Hessen
- LAG JUPP 21
- Landesmusikjugend Hessen
- Naturfreundejugend
- Ring junger Bünde Hessen
- SJD – Die Falken
- Solidaritätsjugend
- Sportjugend Hessen
- THW-Jugend Hessen